

TORGE LÖDING

WAHLEN IN GUATEMALA 2011: PRÄSIDENT COLOM HAT SICH VERRECHNET

«Hoffnung» wollte er verbreiten, aber er hinterlässt vor allem Enttäuschung bei seinen Anhängern. Seine Partei «Nationale Union der Hoffnung» (UNE) ist politisch bankrott. Vor vier Jahren gewann Álvaro Colom Caballeros die Präsidentschaftswahlen im zentralamerikanischen Guatemala mit einem gemäßigt-linken Diskurs und noch immer wird er international als «Sozialdemokrat» (seine Partei ist der Sozialistischen Internationale angeschlossen) bezeichnet. Mit der politischen Wirklichkeit hat das aber nichts zu tun. Als fatal stellte sich der Versuch heraus, mit Sandra Torres die ehemalige Ehefrau von Álvaro Colom Caballeros als Präsidentschaftskandidatin aufzustellen. Trotz Scheidung wurde dies als Verfassungswidrigkeit beurteilt und so steht die Regierungspartei bei den Wahlen am 11.09. 2011 ohne Präsidentschaftskandidaten da. Interessante Entwicklungen gibt es dagegen im linken Spektrum: nachdem bei den letzten Wahlen das linke Bündnis «Maíz» weit abgeschlagen wurde und einige Parteien sogar ihre Zulassung verloren, vereint nun die neue «FRENTE AMPLIO» (Breite Front) nicht nur vier linke Parteien, sondern auch über sechzig soziale Organisationen. Ein weiteres Novum ist die «WINAQ»: unter Rigoberta Menchú tritt mit ihr zum ersten Mal in der Geschichte Guatemalas eine indigene Partei bei Wahlen an.

DIE SÄULEN DER MACHT

Die politisch-ökonomische Macht teilen sich in Guatemala vor allem drei Akteure: Das «traditionelle Kapital» der alten Oligarchie, welche das Land seit Dekaden beherrscht und das sich 1954 mit der CIA und weiteren Kräften aus den USA, u.a. der United Fruit Company, zum Staatsstreich gegen Präsident Jacobo Árbenz Guzmán verbündete). Dieser Sektor erlebt seit der Regierung Alfonso Portillo Cabrera (2000–2004) und nun auch unter Colom eine Schwächung zugunsten des aufstrebenden Unternehmertums, dessen ökonomische Akteure sich vor allem durch Geschäfte mit dem Staat bereichern (und die Hauptprofiteure der Privatisierungen der vergangenen zehn Jahre sind). Dazu kommt ein dritter Sektor des Kapitals, der direkt mit der Organisierten Kriminalität verbunden ist. Diese «Parallelmacht» hat in der letzten Dekade zunehmend Positionen in den politischen Institutionen gewonnen, sowohl auf nationaler Ebene (Abgeordnete) als auch auf kommunaler Ebene. Die Existenz dieser zwei neuen aufstrebenden Sektoren hat dazu geführt, dass sich große Teile der politischen Kaste vom traditionellen Kapital «emanzipiert» und sich direkt mit einem der zwei aufstrebenden Sektoren verbunden haben. Dazu entwickelten sie individuelle Mechanismen

der Akkumulation, insbesondere über öffentliche Aufträge in «ihren» Gemeinden. Mehr als 100 der 158 Abgeordneten des Nationalparlamentes verfügen über ein Unternehmen oder leiten eine «Nichtregierungsorganisation», die Arbeiten im Auftrag des Staates durchführen. In einem Punkt unterscheiden sich diese verschiedenen Sektoren der nationalen Bourgeoisie Guatemalas übrigens nicht: Sie teilen den Rassismus, der konstituierende Grundlage des Kapitalismus in Guatemala ist und der die indigene Bevölkerungsmehrheit von der sozialen, politischen und ökonomischen Teilhabe und Teilnahme ausschließt.

OTTO PÉREZ MOLINA: KEIN WUNSCHKANDIDAT

Als Wunschkandidat des traditionellen Kapitals galt lange Zeit Harold Caballeros, ein evangelikaler Prediger mit engen Verbindungen zur religiösen Rechten in den USA. Doch bis vor kurzem sah es so aus, dass auch sein Plan zur Kandidatur (mit Nineth Montenegro als Vizepräsidentschaftskandidatin, die ihre WählerInnenschaft vor allem in der Hauptstadt hat) scheitern würde, da ein Prediger nicht als Präsident kandidieren darf. Nach Ansicht der Parteienallianz des Regierungslagers UNE-GANA auch dann nicht, wenn er das religiöse

Amt vor den Wahlen ablegt. Aufgrund eines Formfehlers bei der Verfassungsbeschwerde der UNE-GANA erkannte der Oberste Gerichtshof jedoch überraschend die Kandidatur von Harald Caballeros zwei Wochen vor dem Urnengang an. Vermutlich kommt dies allerdings zu spät für einen Strategiewechsel der Oligarchie, die mittlerweile die Kandidatur des ultrakonservativen Ex-Generals Otto Pérez Molina (Patriotische Partei, PP) unterstützt. Harold Caballeros wird nun vor allem als Option für die nächsten Wahlen gehandelt. Sandra Torres, die ehemalige Ehefrau von Álvaro Colom Caballeros wäre für diesen Sektor keine Option gewesen; zu sehr fürchtete man einen Einfluss von Hugo Chávez auf ihre Politik. Torres teilweise konfrontativer Diskurs «Arm gegen Reich» verunsicherte zusätzlich. Viel Substanz hatte der von den konservativen Massenmedien beschworene «Linkskurs» von Torres indes nicht. In ihrem Gefolge finden sich zwar auch linke Intellektuelle, die derzeit für die Regierung von Álvaro Colom arbeiten und es wirken in der UNE vereinzelt Kräfte, die sich in der Tradition der Sozialdemokratie sehen. Aber die politische Linie bestimmen andere, unternehmerfreundliche Kräfte. Deutlich verstärkt wurde diese Linie dann noch einmal zur Jahreswende 2010/2011, als die Regierungspartei UNE eine Allianz mit der prinzipienlosen Wahlmaschine GANA – die den rechten Neoliberalen Óscar Berger Perdomo (2004–2008) ins Amt gehoben hatte – bekanntgab. Entgegen der Versprechen, mit denen er die Wahl gewann¹, hinterlässt Coloms Regierung keinen «sozialdemokratischen Fingerabdruck» und auch das «Maya-Antlitz» und die »Option für die Armen« sind nicht zu erkennen. Abgesehen von vorsichtigen, reformistischen Tastversuchen zu Beginn der Legislaturperiode sind alle wichtigen Reformvorhaben, z.B. in der Fiskalpolitik oder bei der Frage der drängenden Landreform, auf Eis gelegt worden.

Anzuerkennen sind indes die Leistungen der unabhängigen internationalen Kommission zur Bekämpfung der Straffreiheit von Verbrechen, CICIG². Der Kommission gelang es, von politischen und ökonomischen Partialinteressen weitgehend unabhängig zu bleiben. Sie denunzierte eine systematische Ermordung von Obdachlosen und klärte den «bestellten Tod» des Rechtsanwalts Rosenberg³ auf, mit dem die Oligarchie Präsident Colom zu Fall bringen wollte. Die sozialen Konflikte haben in Guatemala allerdings in den vergangenen Jahren wieder zugenommen. So zum Beispiel im Tal von Polochic⁴. Hier stellt sich die Regierung gegen arme Landarbeiter, die ihre Existenz gegen den Expansionshunger von Zuckerrohrplantagenbesitzern und Edelmetallminenunternehmen verteidigen. Zahlreiche Vertreibungen werden widerrechtlich und unter Einsatz von tödlicher Gewalt von Privatarmeen durchgeführt, die sich wiederum aus den ehemaligen Aufstandsbekämpfungseinheiten des Diktaturmilitärs rekrutieren.

Im laufenden Wahlkampf steht das Thema «Gewalt und öffentliche Sicherheit» im Vordergrund. Für den Favoriten, Ex-General Otto Pérez Molina, ist dies das Kernthema seiner Kandidatur der «eisernen Hand» und auch die anderen Kandidaten preisen sich als «starke Männer», beziehungsweise versuchen, Lösungen für das Sicherheitsproblem anzubieten. Nur die Regierungspartei UNE konzentriert ihren Wahlkampf auf die «Erhaltung des Erreichten» und meint damit vor allem das Sozialprogramm «Soziale Kohäsion». Wie bei den letzten Wahlen reicht das Thema «Gewalt und öffentliche Sicherheit» direkt in den Wahlkampf hinein: Mehr als 40 Kandidaten ver-

schiedener Parteien (sowohl Bürgermeisterkandidaten als auch Anwärter auf ein Parlamentsmandat) sind bislang ermordet worden.

SANDRA TORRES:

SCHEIDUNG AUS LIEBE ZUR MACHT

Nur vier Wochen vor der Wahl entschied das Oberste Verfassungsgericht⁵, dass die Kandidatur der ehemaligen First Lady verfassungswidrig sei. In Guatemala darf ein Präsident nicht direkt nach Ende der Amtszeit wieder antreten. Gleiches gilt für enge Familienangehörige. Wie in so vielen Ländern Lateinamerikas geht diese Verfassungsregel auf die Erfahrung mit Diktatoren zurück, die sich einer «Wiederwahl» stellten, ohne dass demokratische Grundregeln eingehalten wurden. Um die Kandidatur von Torres dennoch zu ermöglichen, ließ sich das Ehepaar Colom-Torres im April 2011 scheiden. Aus dem Grund der Trennung machten sie keinen Hehl. Dies sorgte bei nicht unbeträchtlichen Teilen ihrer UnterstützerInnen für Unmut. Was für einige ein schlauer politischer Schachzug war, empfanden viele als Respektlosigkeit vor der Verfassung. In der Regierung Colom war Torres fraglos eine der stärksten Figuren, ohne ein demokratisch legitimes Amt inne zu haben. Sie trug die Verantwortung für das Sozialprogramm «Soziale Kohäsion», dem sozialen Standbein dieser Regierung. Dieses bewahrte auf der einen Seite tausende Menschen vor dem Hunger und linderte ihre Not, auf der anderen Seite sollte es Torres helfen, eine Unterstützerklientel im ganzen Land aufzubauen. Dem Programm fehlt allerdings Transparenz und entgegen seines Namens brachte es durch Begünstigungspolitik soziale Spaltung in viele Gemeinden. Die Präsidentengattin und Unternehmerin hatte ihren Auftrag indes ernst genommen und das Land bereist wie kein anderer Politiker vor ihr. Doch ihre Umfragewerte blieben immer deutlich hinter dem Favoriten für die Präsidentschaftswahlen von 2011, Otto Pérez Molina, zurück. UNE und GANA terminierten unterdessen das Ende ihrer Allianz, die sich nun auf Stimmenfang für Abgeordnetenmandate beschränkt, auf den Wahltag 11.09.2011. Sollte es eine zweite Runde für die Präsidentschaftswahlen geben, wollen die beiden Parteien unterschiedlichen Strategien folgen können.

EIN EX-GENERAL UND ANDERE RECHTE

Nach dem Ausscheiden von Sandra Torres aus dem Wahlwettbewerb haben sich die Umfrageergebnisse für den Ex-General Pérez Molina interessanterweise verschlechtert. Erstmals in der Wahlkampagne sank sein Stimmenanteil unter 40 Prozent, was mit dem Ende der Polarisierungskampagne der Massenmedien gegen die angebliche Annäherung von Torres an Hugo Chávez zu erklären ist. Jetzt gibt es nur noch stramm rechte Kandidaten, die den Umfragen zu Folge Aussicht auf das Präsidentenamt haben. Pérez Molina war Geheimdienstoffizier zu Zeiten des «internen bewaffneten Konfliktes» in Guatemala. Politisch stand er stets Expräsident Ramiro De León Carpio (1993–1996) nahe und er firmierte als Unterzeichner der Friedensverträge von 1996. Er wird aber

¹ <http://www.larepublica.com.uy/mundo/293367-Álvaro-colom-promete-un-pais-socialdemocrata-con-rostro-maya> ² <http://www.guatemalaliberty.org.uk/?q=content/cicig-issues-its-first-report> ³ <http://noticias.com.gt/nacionales/20100112-rodrigo-rosenberg-planifico-su-asesinato-segun-la-cicig.html> ⁴ <http://noticiascomunicarte.blogspot.com/2011/03/guatemala-desalojos-en-polochic.html> ⁵ <http://www.economist.com/blogs/americasview/2011/08/guatemalas-presidential-election>

auch mit Massakern während der Kriegsjahre in Verbindung gebracht. Politisch verspricht er vor allem ein Vorgehen «mit harter Hand» gegen das Verbrechen. Damit meint er aber vor allem Kleinkriminelle und Jugendbanden; Korruption, Straflosigkeit und Übernahme des Staatsapparates durch die Organisierte Kriminalität gehören nicht zu seinen Themen. Im Gegenteil: Beobachter befürchten einen schleichenden Abbau der Arbeit der CICIG nach seinem wahrscheinlichen Wahlsieg. Nach außen gibt sich der Ex-General indes als ein Mann der Zivilgesellschaft mit liberalem Antlitz. Sein Wahlsieg wäre nicht gleichzusetzen mit der Rückkehr einer Militärdiktatur, denn es gibt viele andere politische Strömungen, mit dem sich der Militär ins Vernehmen setzen muss. Ein Sieg im ersten Wahlgang würde seine Position indes deutlich stärken. In der letzten Woche vor der Wahl ist Manuel Baldizón, Kandidat der prinzipienlosen UNE-Abspaltung LIDER auf Platz zwei (18–19 Prozent) in den Umfragen gestiegen. Der Politiker fällt vor allem durch seinen übertriebenen Rhetorikstil und das Fehlen einer klaren politischen Positionierung auf. Er stammt aus der Region Petén und wird mit dortigen undurchsichtigen Geschäften und der Organisierten Kriminalität in Verbindung gebracht. Es gibt indes Anzeichen für eine mögliche Allianz von UN und LIDER, sollte es eine zweite Wahlrunde bei der Präsidentschaftswahl geben. Das politische Argument dafür könnte sein, dass nur mit Baldizón eine Rückkehr «eines Militärs» an die Regierung zu verhindern sei.

Denn auch die Nummer drei (zehn bis elf Prozent) bei den Umfragewerten, Eduardo Suger, hat zumindest mit der Militärdiktatur zusammengearbeitet. Als Informatiker stand der aus der Schweiz stammende Zivilist dem Terrorregime durch die Entwicklung von Computertechnik zur Aufstandsbekämpfung zur Seite. Das Symbol seiner Partei CREO ist in einer Abwandlung der deutschen Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold gehalten und der stilisierte Händedruck im Wappen lässt sich unschwer als abgewandelter «Hitlergruss» interpretieren. Dazu passt dann auch seine Vorstellung von «Volksgemeinschaft»: In einer TV-Debatte schlug er vor, dass die Parlamentsabgeordneten nach der Wahl allesamt aus ihren Parteien austreten sollten, um so nur der «nationalen Sache» verpflichtet zu sein. Der Evangelikale Harold war bei diesen Umfragen noch außen vor. Vermutlich wird er vor allem Stimmen am rechten Rand von Suger gewinnen. Ein starkes Ergebnis ist aber kaum zu erwarten.

VON DER LINKEN WAS NEUES

Am 01. Mai 2011 hoben vier Parteien und mehr als 60 soziale Organisationen ein neues, breites Wahlbündnis der Linken, die FRENTE AMPLIO, aus der Taufe. Von den Massenmedien wird die einzig linke Wahlalternative unter den zahlreichen Parteien aber weitgehend ignoriert. Bei Umfragen dümpelt die von der Bündniskandidatur FRENTE AMPLIO unterstützte Präsidentschaftskandidatin Rigoberta Menchú bei 3 Prozent. Ein Ergebnis, welches die Anstrengungen der parlamentarischen Linken in diesem Jahr bei weitem nicht widerspiegelt. Denn bereits während der vergangenen Wahlen erzielte Menchú bei ihrer gemeinsamen Kandidatur mit der konservativen Menschenrechtsaktivistin Nineth Montenegro und deren bürgerlichem ENCUESTRO POR GUATEMALA (heute in Allianz mit dem Prediger Harold Caballeros) ein vergleichbares Ergebnis. Die Kandidatur der FRENTE AMPLIO beinhaltet indes zwei wichtige Faktoren für die fortschrittlichen Kräfte in Guatemala.

Die Kandidatur der indigenen Partei WINAQ

In jahrelanger Basisarbeit ist es der indigenen Organisation WINAQ und ihrer Gründerin Rigoberta Menchú gelungen, die notwendigen Voraussetzungen für die Einschreibung als Partei herbeizuführen. Nach Angaben von Menchú⁶ verfügt die Partei über mehr als 75.000 Mitglieder. Die Wahlen am 11.09.2011 werden auch ein Fingerzeig dafür sein, ob diese Basis tatsächlich konsolidiert ist. Historisch ist aber alleine schon die Kandidatur von Bedeutung, denn es ist das erste Mal in der Geschichte Guatemalas, dass eine indigene Partei bei Wahlen antritt.

Umstritten ist indes die Politikerin Rigoberta Menchú. Die Kampagne für ihren Friedensnobelpreis, den sie 1991 erhielt, wurde vor allem von der damaligen Befreiungsarmee URNG geführt. Nach dem Erhalt der prestige- und finanzträchtigen Auszeichnung, kehrte sie der URNG und sozialen Organisationen den Rücken. Während und nach ihrer Zeit als UN-Bbeauftragte für die Rechte indigener Völker ging sie Allianzen mit der Rechten ein, z.B. mit dem mexikanischen Präsidenten Carlos Salinas de Gortari. 2007 kandidierte sie wie erwähnt für die bürgerliche Partei ENCUESTRO POR GUATEMALA. Zudem arbeitete sie mit dem unternehmerfreundlichen Präsidenten Oscar Berger zusammen. Innerhalb der Linken gibt es deshalb viele, für die Menchú keine wählbare Alternative darstellt, auch wenn sie ihre Wendung nach rechts mittlerweile korrigiert hat und diese heute als Fehler bezeichnet. In ihrem Selbstverständnis als Partei stellt sich WINAQ außerhalb des Links-Rechts-Schemas, da dieses nicht der Kosmvision der Mayas entspreche. Ihre natürlichen Verbündeten sieht sie aber in den fortschrittlichen, linken Kräften, die sich die Überwindung des Rassismus auf die Fahnen geschrieben haben.

Nach elf Jahren der Zersplitterung ein Bündnis der Linken

Das Wahlergebnis aus dem Jahr 1999, als ein linkes Bündnis bei den ersten Wahlen nach dem Ende des Bürgerkrieges rund 15 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte (damals mit dem Unternehmer Álvaro Colom als Präsidentschaftskandidaten), zeigt, dass auch in Guatemala und gegen den Bann der Massenmedien für die Linke respektable Ergebnisse erzielbar sind. Die Tatsache, dass sich die wichtigsten Kräfte der parlamentarischen Linken nach den wenig erfolgreichen getrennten Kandidaturen von 2007 zu einem Gemeinschaftsprojekt zusammengerauft haben, ist als positiv einzuschätzen. Aus der jetzt eingegangenen «Breiten Front» könnte ein Projekt der Bündelung bestehender linker Kräfte werden, welches Anziehungskraft auf soziale Bewegungen und neue, sich politisierende Schichten in Guatemala ausübt. Getragen wird das Bündnis von der traditionellen Partei der Linken URNG. Diese «Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas» ging 1996 aus dem gleichnamigen Dachverband der Guerilla hervor (gegründet 1986). Bei den Wahlen im Jahr 2007 kandidierte die URNG-Abspaltung ANN («Neue Nationale Allianz») eigenständig. Inhaltlich positionierte sich die ANN in der Nähe der UNE von Álvaro Colom und vertrat eine kritische Unterstützung seiner Präsidentschaft, was die URNG zurückwies. Beide Parteien errangen ein einziges Parlamentsmandat und entgingen so nur knapp dem Entzug des

⁶ Rigoberta Menchú im Gespräch mit Patricia Zapata (RLS) und Torge Löding (RLS) am 12. Mai 2011 in Guatemala-Stadt.

Parteienstatus. In Gründung befindet sich die Partei MNR («Bewegung Neue Republik»), dessen Vorsitzender Anibal García als Vizepräsident für die FRENTE AMPLIO antritt. García errang bei den vergangenen Wahlen einen Parlamentssitz für ENCUENTRO POR GUATAMALA (2007 mit Nineth Montenegro und Rigoberta Menchú als Spitzenkandidatinnen). Im Parlament fiel der agile Anwalt durch detailliert ausgearbeitete Gesetzesinitiativen auf, zeigte sich von seiner konservativen Fraktion aber enttäuscht. Mit einer Gruppe vor allem jugendlicher Mitstreiter verschrieb er sich einem linkssozialdemokratischen Kurs und gründete die MNR.

Wie erwähnt beteiligten sich bei Gründung der FRENTE AMPLIO neben den genannten Parteien auch zahlreiche soziale Bewegungen; darunter Gewerkschaften, kleinbäuerliche Verbände, Frauenorganisationen (z.B. UNAMG) und andere. Aber bereits im Juni 2011 bekam die «gemeinsame Front» erste Brüche: Der profilierte Gewerkschafts- und Sozialaktivist Luis Lara erklärte den Austritt der kritischen Gewerkschaftsorganisation «Nationalen Kampffront» (FNL). Andere Akteure der radikalen Linken folgten diesem Beispiel. Die Begründung: Eine Präsidentschaftskandidatur von Rigoberta Menchú könnten sie nicht mittragen, da diese Verantwortung in der arbeiterInnenfeindlichen Regierung Oscar Berger getragen habe. Und: Bei deren Gründung habe man die «Breite Front» als den ersten Schritt zum Aufbau einer sozialen Bewegung verstanden. Diese Bewegung solle soziale Kämpfe unterstützen, initiieren und zusammenführen. In der Öffentlichkeit würde indes ausschließlich die Wahlkandidatur thematisiert.

In der Tat beziehen sich auch alle Dokumente, die auf der Website der FRENTE AMPLIO zirkulieren auf die Wahlkandidatur 2011 und stellen keine Thesen für die Zeit danach auf. Die Kandidatur kann also nicht mit der Unterstützung wirklich aller fortschrittlichen Kräfte in Guatemala zählen. Außer der FNL haben viele Basisgruppen, zum Beispiel einige feministische aus dem Zusammenhang «Sector de Mujeres», beschlossen eine Kampagne zur Abgabe ungültiger Stimmen durchzuführen.

Ein wichtiger Schritt für den Aufbau einer solchen neuen Formation der guatemalteken Linken ist die Präsentation eines gemeinsamen Regierungsprogramms. Dieses wurde indes von Spezialisten geschrieben und es fehlt ein breit angelegter, demokratischer Diskussionsprozess um das Dokument, welcher nicht nur die Parteibasis, sondern die Zivilgesellschaft einbezieht. Durch eine solche breite Debatte könnte die «Front» auch für Schichten interessant werden, die sich von den traditionellen Parteien abgewendet haben; und derer gibt es viele in Guatemala.

Das Wahlziel, das sich das Bündnis selbst setzen muss, ist ein hohes. Da sich drei eingetragene Parteien daran beteiligen, ist es notwendig, landesweit 15 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen oder über die Listen mindestens drei Abgeordnetenmandate zu gewinnen. Sollte dies misslingen, verlieren alle drei den Parteistatus.

In ihrem Regierungsprogramm⁷ bezieht sich FRENTE AMPLIO auf die Vereinbarungen vom Friedensabkommen von 1996 und fordert die Umsetzung der ausstehenden Reformen; vom Rassismus distanziert es sich klar. Zugleich greift es drängende Probleme wie die Bekämpfung von Straflosigkeit und Organisierter Kriminalität auf. Dafür setzt das Programm neben einer Stärkung der rechtsstaatlichen Institutio-

nen aber auch auf eine Aufrüstung von Polizei und Militär; ein aus linker Sicht im besten Falle fragwürdiger Ansatz.

Unklar bleibt die Frage nach Konsequenzen aus der Forderung nach einem «inklusive und solidarischen Wirtschaftssystem», für das Menchú⁸ auch die Mittelklasse und «progressive UnternehmerInnen» begeistern möchte. Sozialismus zumindest wird als Systemalternative nicht genannt und dem Raubbau durch transnationale Konzerne möchte man ein gerechteres Abgabesystem entgegen stellen.

Freilich hat die FRENTE AMPLIO 2011 keine Aussicht auf einen Wahlsieg. Aber es könnte dem Bündnis gelingen, sich als attraktiver Anziehungspunkt für einen Wiederaufbau der guatemalteken Linken zu positionieren. In Frage gestellt wird dies aber bereits vor der Wahl durch einen handfesten Widerspruch: In ihrem Diskurs betonen die verschiedenen linken Kräfte in Guatemala stets, dass der Weg an die politische Macht über den Aufbau einer soliden Basis in Gemeinden und Municipien gehe. Aber genau hier, wo Wahlerfolge realistischer erscheinen als auf nationaler Ebene, hat das Bündnis versagt. Die gemeinsame Kandidatur beschränkt sich auf die Präsidentschaftskandidatin, das nationale und das zentralamerikanische Parlament. In vielen Municipien treten Kandidierende der Bündnisparteien sogar gegeneinander an.

Das Fehlen einer Projektion auf die Zeit nach den Wahlen wird das Projekt der «Breiten Front» auf die Probe stellen. Insbesondere in dem nicht sehr unwahrscheinlichen Fall einer Wahlniederlage. Insbesondere auf die Frage «Was tun bei Verlust des Parteienstatus?» geben die FührerInnen von URNG, ANN, MNR und WINAQ keine Antwort. Sie verbreiten Zweckoptimismus und unterstreichen, dass das Erringen von drei Parlamentssitzen auf jeden Fall gelingen werde. Das wird sich am 11. September 2011 herausstellen.

Torge Löding ist Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mexiko.

⁷ <http://www.frenteamplioguade.org/2011/08/frente-amplio-presenta-plan-de-gobierno-a-gerentes-de-guatemala/> ⁸ Siehe Vorwort des Programms

Abonnieren Sie unseren **E-Mail-Newsletter** mit Berichten aus Lateinamerika unter folgendem Link:

<http://lists.rosaluxemburgstiftung.de/mailman/listinfo/lateinamerika-info>

Oder senden Sie eine E-Mail an gabbert@rosalux.de mit dem Stichwort: «Newsletter-Abo».

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Stefan Thimmel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-434
Fax -122 · thimmel@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)
Erscheinungsdatum STANDPUNKTE international 10/2011:
September 2011